

18.54

**Abgeordnete Claudia Gamon, MSc (WU) (NEOS):** Lieber Nico, es geht überhaupt nicht darum, ein Feindbild zu schaffen, wir verstehen es nur einfach nicht. (*Abg. Haubner: Er hat es eh erklärt!*) Feiertage fallen, wie sie fallen, und sie wären eigentlich beim ursprünglichen ÖH-Termin nicht hineingefallen, und das ist das eigentliche Problem. Aus welchem Grund auch immer muss die ÖH-Wahl verschoben werden? In dieser neuen Wahlwoche, die vorgeschlagen oder irgendwie verhandelt worden ist, gibt es jetzt doch einen Feiertag. Damit das Ganze im Nachhinein wieder Sinn macht, müssen wir jetzt beschließen, dass die ÖH-Wahl auch von Montag bis Mittwoch statt wie üblich von Dienstag bis Donnerstag stattfinden kann.

Es ist schon ein bissl seltsam, dass wir das überhaupt hier diskutieren müssen; es zeigt, dass irgendetwas im Vorhinein passiert sein muss. Man wundert sich, die Universitätenkonferenz wundert sich, die Hochschülerschaft wundert sich. Da hängen ja lange Vorbereitungen, zum Beispiel Raumreservierungen, dran. Es ist ja ein großes Projekt, so eine ÖH-Wahl an allen Hochschulen stattfinden zu lassen. Es war bisher immer ein konsensuelles Vorgehen, das wird jetzt damit durchbrochen. Das ist unsensibel, unnötig, man könnte es auch als provokant bezeichnen.

Ich möchte aber die Gelegenheit nutzen, da wir überhaupt einmal einen Tagesordnungspunkt zur ÖH-Wahl haben: Reden wir darüber, dass das großteils ehrenamtliche Organisationen sind, aber trotzdem ohne jegliche Transparenz alle zwei Jahre unfassbare Unsummen in diesen Wahlkampf hineingepulvert werden! Das ist eigentlich absurd, das sollte man ändern. Wir wollen dagegenhalten, und ich glaube, es sollte auch in unserem Sinne sein, dass auch Wahlen wie die ÖH-Wahlen transparent ablaufen. Deshalb bringe ich auch folgenden Antrag ein:

### Entschließungsantrag

der Abgeordneten Claudia Gamon, MSc (WU), Kolleginnen und Kollegen betreffend  
„Transparenzpaquet für ÖH-Wahlen“

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung wird aufgefordert, dem Nationalrat einen Gesetzesentwurf zuzuleiten, der für höhere Transparenz und eine Deckelung der Wahlkampfkosten bei den ÖH-Wahlen sorgt und damit Chancengerechtigkeit für alle Fraktionen bei den Wahlen sichert.“

\*\*\*\*\*

Danke schön. (Beifall bei den NEOS.)

18.56

Der Antrag hat folgenden Gesamtwortlaut:

**Entschließungsantrag**

der Abgeordneten Claudia Gamon, MSc (WU), Kolleginnen und Kollegen  
betreffend Transparenzpaket für ÖH-Wahlen  
eingebracht im Zuge der Debatte in der 55. Sitzung des Nationalrats über den Bericht  
des Wissenschaftsausschusses über den Antrag 499/A der Abgeordneten Nico Mar-  
chetti, MMMag. Dr. Axel Kassegger, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bun-  
desgesetz über die Wahltag der Hochschülerinnen- und Hochschülerschaftswah-  
len 2019 (446 d.B.) – TOP 11

Der Nationalrat hat 2012 im Zuge des Transparenzpakets beschlossen, dass Parteien  
in den letzten 3 Monaten vor der Nationalratswahl maximal 7 Millionen Euro an Wahl-  
kampfkosten aufwenden dürfen. Auch wenn das Gesetz stellenweise zahnlos ist, ha-  
ben seither die Wähler\_innen mehr Einblick in die Wahlausgaben der Parteien bekom-  
men. Ein solches oder ähnliches Gesetz findet sich für ÖH-Wahlen in der österreichi-  
schen Rechtsordnung noch nicht. Hinsichtlich zukünftiger ÖH-Wahlen wäre ein adap-  
tiertes Transparenzgesetz mit Verbesserungen der offenkundig gewordenen Mängel  
auch für den Hochschulsektor wünschenswert.

Eine Begrenzung der ÖH-Wahlkampfkosten verhindert ein ausuferndes Überbieten der  
in Konkurrenz stehenden Fraktionen. „Wer befürchten muss, dass die politische Kon-  
kurrenz in der Intensiv-Wahlkampfphase deutlich höhere Ausgaben tätigt, wird prohi-  
bitiv selbst höhere Ausgaben als eigentlich erwünscht tätigen. Das führt erfahrungsge-  
mäß aber zu einer problematischen Verschuldung der Parteien“ so Hubert Sickinger  
Politikwissenschaftler und Experte für Parteienfinanzierung. Ein weiterer Effekt eines  
Transparenzpaketes für ÖH-Wahlen wäre die dadurch herbeigeführte Chancengerech-  
tigkeit zwischen den Fraktionen. Nicht zu vergessen ist, dass es sich zumeist auch um  
ehrenamtlich betreute Strukturen in den einzelnen Fraktionen handelt. Schlussendlich  
geht es um einen „Wettbewerb der besten Ideen und nicht um einen Wettbewerb der  
besten Sponsoren“ so Thomas Drozda zu den derzeit in der Öffentlichkeit diskutierten  
Überschreitungen der Wahlkampfkosten.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

*Etschließungsantrag*

*Der Nationalrat wolle beschließen:*

*"Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung wird aufgefordert, dem Nationalrat einen Gesetzesentwurf zuzuleiten, der für höhere Transparenz und eine Deckelung der Wahlkampfkosten bei den ÖH-Wahlen sorgt und damit Chancengerechtigkeit für alle Fraktionen bei den Wahlen sichert."*

\*\*\*\*\*

**Präsidentin Doris Bures:** Der Entschließungsantrag ist ordnungsgemäß eingebracht und steht mit in Verhandlung.

Nächster Redner: Herr Abgeordneter Dr. Martin Graf. – Bitte.